

AK: Zehn Jahre ARA heißt für die Konsumenten zehn Jahre lang mehr zahlen

Utl.: ARA-Kunststoffsammlung bringt für die Umwelt nur wenig und kostet den Konsumenten viel Geld =

Wien (AK) - Als teuer für die Konsumenten und zudem ökologisch zweifelhaft kritisieren die AK-Umweltexperten die Altstoff Recycling Austria (ARA). "Zehn Jahre ARA sind zehn Jahre teure und ökologisch fragwürdige Kunststoffsammlung, freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft statt Abfallvermeidung und zehn Jahre privates Monopol ohne öffentliche Kontrolle", sagt AK-Umweltexperte Werner Hochreiter, "die Folge: Einweg boomt - die Mistkübel gehen über." ARA bedeutet für die Konsumenten, dass sie für die Finanzierung des Systems im Geschäft einen beträchtlichen Aufschlag zahlen müssen - pro Haushalt rund 60 Euro im Jahr. Für die Umwelt hätte man das Geld sinnvoller einsetzen können: Nur ein Viertel der gesammelten Kunststoffverpackungsabfälle wird stofflich verwertet. Die AK fordert ein Pfand oder eine Abgabe auf Getränkeeinweggebinde, mehr Wettbewerb bei Sammel- und Versorgungssystemen und eine wirksame Kontrolle im Interesse der Konsumenten.

Für die Konsumenten bedeutet das ARA-System unnötige Kosten: Das private ARA-Monopol diktiert die Tarife, es fehlt an Wettbewerb. "Obwohl 50 Prozent der Unternehmen für ihre Kunststoffverpackungen nichts zahlen, hat das Umweltministerium bisher Kontrollen verhindert", kritisiert Hochreiter. Die Finanzierung erfolgt durch einen für die Konsumenten unsichtbaren Aufschlag auf die Preise im Geschäft. "Die Lenkungswirkung, die das Ganze haben sollte, nämlich ein Rückgang von Verpackungen aufgrund dieses Preisaufschlages, hat nie stattgefunden", sagt Hochreiter. Stattgefunden hat dagegen eine Erhöhung der Gesamtausgaben der Konsumenten für Abfallbehandlung- und Beseitigung: Zu den kommunalen Müllgebühren - 180 € je Haushalte-, kommen nun noch rund 60 € für die Preisaufschläge.

Auch für die Umwelt bringt das ARA-System nur wenig: Das getrennte Sammeln des von Kunststoff-Leichtverpackungen, wie zum Beispiel Plastiksackerl, ist weitgehend sinnlos - es kostet nur Geld, bringt aber ökologisch nichts. Denn Kunststoffe im Abfall müssen den nach den neuen Deponiebestimmungen ohnedies verbrannt werden. Der Aufwand der Kunststoffsammlung ist für die geringe Menge an tatsächlich stofflich wiederverwertetem Kunststoff sehr hoch. Kunststoff-Recycling

soll dazu beitragen, Erdöl zu sparen. Das geht aber auf andere Weise wesentlich billiger und nachhaltiger: zB mit Wärmedämmung und Fernwärme. Insoferne sind die Summen, die ins ARA-System fließen, für den Klimaschutz verlorenes Geld.

Die AK fordert ein Pfand oder eine Abgabe auf Getränkeeinweggebinde, mehr Wettbewerb bei Sammel- und Versorgungssystemen, mehr Mitsprache des Parlaments und eine wirksame Kontrolle im Interesse der Konsumenten. Denn anders, als die österreichische Wirtschaft behauptet, sind verpflichtende Maßnahmen für Mehrwegsysteme, wie sie nun auch Deutschland eingeführt hat, erfolgreich.

Rückfragehinweis: Doris Strecker
AK Wien Kommunikation
Tel.: (++43-1) 501 65 2677
mailto:doris.strecker@akwien.at
<http://www.akwien.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0097 2003-03-25/11:30

251130 Mär 03

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030325_OTS0097